



RECHTE MACHEN MOBIL GEGEN GEFLÜCHTETE – NIEDERSACHSENS EXTREME RECHTE IM ORGANISATORISCHEN UND STRATEGISCHEN WANDEL

VON JULIA WILLIE HAMBURG

Bundesweit hat die extreme Rechte im Laufe der gesellschaftlichen Diskussionen über Flucht und Asyl ein neues Mobilisierungsthema gefunden. Nach der anfänglich euphorisch begrüßten „Willkommenskultur“ im Sommer des letzten Jahres hat sich das politische Klima spürbar verroht. Nicht nur die hasserfüllte Sprache in Sozialen Medien, am Arbeitsplatz, der Schule oder Uni und auf der Straße lässt einen erschrecken.

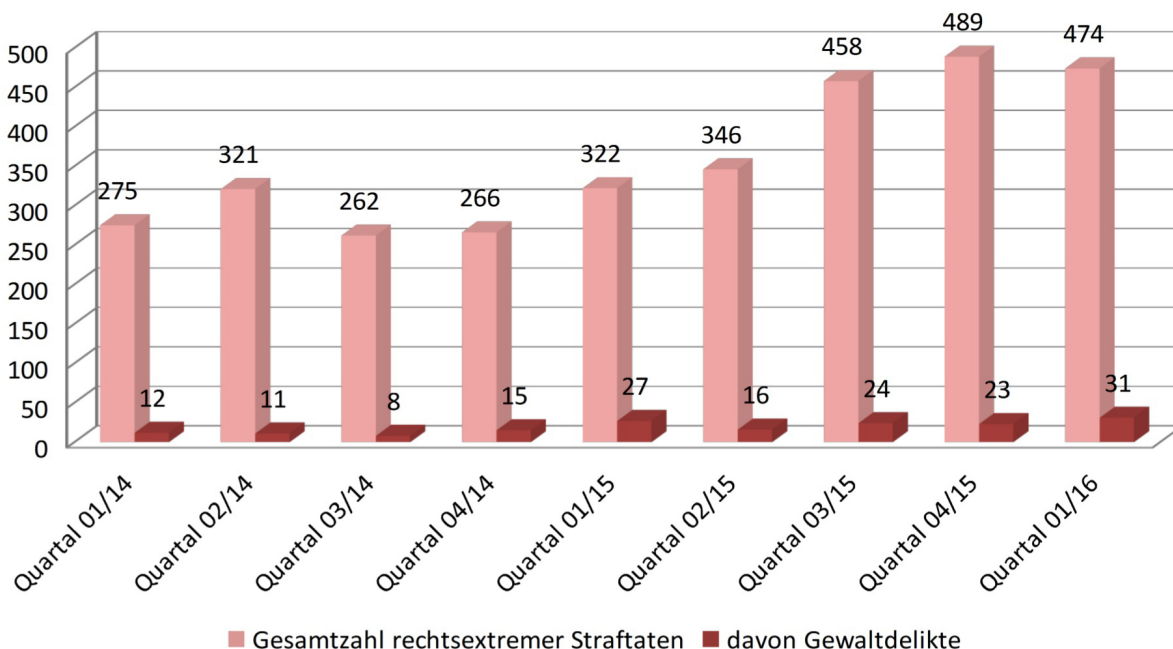
NEUE RASSISTISCHE MOBILISIERUNG

Auch das Agieren der AfD in einigen Länderparlamenten gibt Anlass zur Besorgnis. Auch die Pegida-Ableger in Braunschweig und Hannover dienten lange Zeit als Sammelbecken für eine neue rassistische Mobilisierung in Niedersachsen.

Die extreme Rechte fühlt sich im Aufwind. Die hasserfüllte und menschenfeindliche Stimmungsmache muss im Zusammenhang mit der Zunahme von rechtsextremen Straftaten gesehen werden:

MEHR RECHTSEXTREME STRAFTATEN

2014 wurden landesweit 36 rechte Gewaltdelikte verzeichnet. Allein 2015 wurden mit 91 Delikten mehr als doppelt so viele Gewalttaten begangen. Doch das sind nur die offiziellen Zahlen; die Dunkelziffer bei rechter Gewalt liegt erfahrungsgemäß deutlich höher. 31 Gewalttaten allein im ersten Quartal 2016 zeigen, dass auch in diesem Jahr ein weiterer Anstieg zu befürchten ist. Das zeigt, dass auch in Niedersachsen rechte Gewalt zum Alltag gehört.



Quelle: Grüne Landtagsfraktion Niedersachsen auf Datenbasis des Nds. Innenministeriums



THEMENSPECIAL - VON JULIA WILLIE HAMBURG

„VIELFÄLTIGER UND UNÜBERSICHTLICHER“ – DAS PHÄNOMEN DER ENTGRENZUNG

Momentan erleben wir einen strukturellen Wandel in der rechten Szene. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der NPD als bislang dominante Kraft des neonazistischen Spektrums. Während diese klassischen Alt-Strukturen zunehmend an Bedeutung verlieren, sorgen neue Formationen und Allianzen wie Pegida und AfD für einen fließenden Übergang von alt bekannten Nazi-Aktivisten hin zur „besorgten“ Mitte der Gesellschaft. Die vielfach im letzten Jahr entstandenen Bürgerwehren sind ein weiteres Beispiel dafür, dass sich Nazis durch eine vermeintliche Akzeptanz in der Mitte der Gesellschaft legitimiert sehen, Selbstjustiz zu verüben und einen Anschluss in die sogenannte „Mitte der Gesellschaft“ suchen und teilweise finden. So konnte in Schwanewede (Landkreis Osterholz) die dortige – von Bremer Nazis gesteuerte – Bürgerwehr vor Geflüchteten-Unterkünften patrouillieren und Angst verbreiten. ‚Besorgte Bürger*innen‘ und Nazis gingen seit an seit auf Streife, spielten sich als lokale Ordnungsmacht auf und erhielten im Ort Beifall von Teilen der Schwaneweder Bevölkerung. Ein weiteres Beispiel für rechte Stimmungsmache in Niedersachsen ist der Fall der „Volkshilfe Osnabrück“. Ende 2014 wurde diese rechte Gruppe gegründet und versteht sich als eine Art soziales Projekt von Rechts für deutsche „Landsleute“. Angefangen hat die „Volkshilfe“ mit Hausaufgabenhilfe für „deutsche Kinder“ und Sammelaktionen für „deutsche Obdachlose“. Nach den Übergriffen von der Silvesternacht in Köln stieg die „Volkshilfe“ voll in die rassistische Hetze gegen Geflüchtete ein, bediente das Stereotyp des vermeintlich übergriffigen Fremden und stilisierte sich als Verteidiger der deutschen

Frauen. Daher verteilte die Volkshilfe Anfang 2016 auch Pfefferspraydosen an „blonde deutsche Frauen“ am Osnabrücker Bahnhof.

Auch in Südniedersachsen mobilisierten Rechtsextreme in neuartigen Konstellationen: In Duderstadt (Landkreis Göttingen) wurden ab Dezember 2015 über mehrere Monate teils wöchentliche Kundgebungen von der Gruppe **„Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“** abgehalten.

Dieser setzt sich aus rechtsextremen Personen aus den Bereichen der Neuen Rechten, des aktionsorientierten und gewaltbereiten Nazi-Spektrums zusammen und unterhält Kontakte zur AfD und NPD und prahlt auch mit Kontakten in die Rocker- und Kampfsportszene. Anfangs haben sie versucht die ‚besorgten Bürger*Innen‘ mit zu mobilisieren, mittlerweile nutzen sie den Freundeskreis vorrangig zur Binnenmobilisierung und als Event, lassen monatlich an wechselnden Orten ‚Happenings‘ stattfinden und vernetzen sich. Auch für den Freundeskreis sind die Feindbilder Geflüchtete, aber auch Antifaschist*Innen, etablierte Parteien und die Presse. Am Beispiel des Freundeskreises lassen sich sehr gut die eingangs beschriebenen personellen und strukturellen Verflechtungen und Netzwerkbildungen skizzieren. Das Spektrum ist vielfältiger und unübersichtlicher geworden und gleichzeitig bietet die zunehmende Ausbreitung menschenfeindlicher Haltungen in der gesellschaftlichen Mitte die Möglichkeit, dass Szenen noch weiter und teilweise anfangs unmerklich verschimmen.

NIEDERSACHSEN MACHT MOBIL GEGEN DEN RECHTSRUCK IN DER GESELLSCHAFT

Mit dem neuen Landesprogramm gegen Rechtsextremismus soll die demokratische Kultur in Niedersachsen gestärkt und Maßnahmen gegen



THEMENSPECIAL - VON JULIA WILLIE HAMBURG

rechts gebündelt werden. Vor allem die Zivilgesellschaft muss noch mehr gestärkt werden. Kommunen, Schulen, Vereine und Institutionen brauchen Ansprechpartner*Innen und Unterstützung. Es gilt gemeinsam mit der Zivilgesellschaft effektive Strategien gegen Menschenfeindlichkeit zu entwickeln und umzusetzen. Auch staatlich unabhängige, flächendeckende und spezialisierte Beratungsangebote für Betroffene rechter Gewalt sind Bestandteil des neuen Landesprogramms. Viel zu lange gab es in Niedersachsen kein solches Angebot. Die Opfer rechter Gewalt verdienen unsere Solidarität. Außerdem wird eine solche Stelle auch für mehr öffentliche Aufmerksamkeit und Diskussion in Bezug auf rechte Straftaten

sorgen. Gleichzeitig schließen wir mit der geplanten Einrichtung der wissenschaftlichen Dokumentationsstelle in Niedersachsen eine Lücke, indem wir die sozialwissenschaftliche Forschung in Bezug auf das Thema „menschenfeindliche Einstellungsmuster und Bestrebungen“ und somit auch im Bereich des Rechtsextremismus deutlich stärken.

Aber besonders wichtig ist und bleibt es, auf der Straße, am Stammtisch, im Supermarkt und überall rechten Parolen entgegenzutreten, so schwer und unübersichtlich die derzeitigen Entwicklungen sein mögen. Wir stehen ein für Menschenrechte und gegen Hetze und Gewalt – konsequent und überall.



Julia Willie Hamburg ist ehemaliges Mitglied der GJN und heute Sprecherin für Antifaschismus der Grünen-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sowie im Vorstand des GJN-Alumnivereins.